

In Duderstadt: Vorfall mit Pfefferspray und Wasserpistole

Staatsschutz der Polizei Göttingen ermittelt in dem Fall, der sich am 22. Februar zugetragen hat.

Duderstadt. Seit Wochen beobachtet die Polizei die sogenannten „Spaziergänge“ der Corona-Leugner und Impfgegner um die Duderstädter Ärztin und Heilpraktikerin Carola Javid-Kistel in Duderstadt. Beobachtet und dokumentiert werden die Versammlungen auch von Vertretern der linken Szene, unter ihnen ein 28-jähriger Göttinger, der als Pressefotograf akkreditiert ist.

Zwischen dem Fotografen und einem 31-jährigen Duderstädter kam es nach Angaben der Polizei am 22. Februar während eines „Spaziergangs“ zu einem Vorfall, bei dem Pfefferspray und eine Wasserpistole im Spiel gewesen sein sollen. Was sich an jenem Abend im Bereich Hinterstraße/Löwengasse genau zugetragen hat, versucht zurzeit das für Staatsschutzdelikte und politisch motivierte Straftaten zuständige vierte Fachkommissariat der Polizei Göttingen zu ermitteln.

Der 31-Jährige soll mit der Wasserpistole eine Flüssigkeit auf den Fotografen gespritzt haben, mutmaßlich weil er nicht fotografiert werden wollte. Der Göttinger soll sich daraufhin mit „Tierabwehrspray“ gewehrt haben. Beide hätten noch am selben Abend bei der Polizei in Duderstadt Anzeige erstattet, so eine Polizeisprecherin. Ermittelt werde nun wegen des Verdachts der wechselseitigen gefährlichen Körperverletzung.

Die Polizei stuft die sogenannten „Spaziergänge“ der Corona-Leugner um Javid-Kistel in Duderstadt inzwischen als Versammlung ein.

Bei Verstößen würden entsprechende Ordnungswidrigkeitsanzeigen verhängt, so die Polizeisprecherin. Elf der bisher 13 Veranstaltungen hätten Versammlungscharakter gehabt. Weil sie aber nicht angemeldet worden waren, wurden in diesem Zusammenhang sechs Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

Weitere vier Anzeigen habe es gegeben, weil gegen Auflagen wie etwa die Maskenpflicht verstoßen wurde, und ein weiteres Ordnungswidrigkeitenverfahren sei eingeleitet worden, weil ein Platzverweis nicht beachtet worden sei.

Offiziell angemeldet worden war von der Duderstädter Ärztin die Versammlung vom 16. März am Schützenplatz unter dem Motto „Schluss mit Pharma-Faschismus – Schluss mit korrupter Impfdiktatur“. Weil sie Corona-Leugner als „eine Bedrohung für unsere Gesellschaft und Demokratie“ betrachten, hatte das Bündnis gegen Rechts – Duderstadt bleibt bunt“ zum Gegenprotest vor dem Rathaus aufgerufen. Auch waren zu einer spontanen Versammlung einige Vertreter der Antifa-Gruppe Ali aus Göttingen am Ballhaus zum fidelem Anreischken zusammen gekommen.

Javid-Kistel tritt bundesweit auf den „Querdenker“-Demos öffentlich auf, stellt das Corona-Virus in Frage und macht gegen die Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie mobil. Sie steht im Verdacht, „unrichtige ärztliche Atteste“ auf Befreiung von der Maskenpflicht ausgestellt zu haben. *be*

„Es ist wie ein Déjà-vu-Erlebnis, was sich da im Kreis Osterode abspielt“

Gipsabbau sorgt auch im Thüringer Südharz für Widerstand. Umweltverband fordert neue zukunftsweisende Strategie für den Umgang mit dem endlichen Rohstoff Gips.



Der Gipssteinbruch Himmelsberg ist im Vordergrund zu erkennen, rechts dahinter sind die Ellricher Klippen zu sehen.

FOTO: BUND THÜRINGEN

Nordhausen. Der BUND-Kreisverband Nordhausen verfolgt die Diskussion um den Gipsabbau im Landkreis Osterode und hat sich mit einer Pressemitteilung zu dem Thema Raumordnung an den Harz Kurier gewandt. „Es ist wie ein Déjà-vu-Erlebnis der besonderen Art, was sich da gegenwärtig im Landkreis Osterode abspielt“, so die Vorsitzende des BUND Nordhausen, Heidi Schell.

„Ausufernde Tendenzen“

Auch in Thüringen habe der bereits vor einem Jahr ausliegende 1. Entwurf des Regionalplanes für Nordthüringen, speziell den Landkreis Nordhausen, dieselben „ausufernden Tendenzen“ zu Rohstoffsicherungsflächen für die Naturgipsgewinnung gezeigt, berichtet sie. „Summarisch standen und stehen immer noch 600 Hektar zur Debatte. Und das unter dem Vorwand, dass jedem Gipsunternehmen sowohl mit Sitz in Sachsen-Anhalt als auch in Thüringen und Niedersachsen im Raum Nordthüringen eine Planungssicherheit von mindestens 25 Jahren zustehen würde.“

Was dann ausgewiesen wurde, habe diesen Anspruch bei weitem übertroffen, stellt sie fest.

Über 90 Jahre Rohstoffvorräte

Ungeachtet dessen besitze das in Süddeutschland ansässige Unternehmen Knauf ein Bergwerksfeld von 315 ha bei Rottleberode im Waldgebiet des „Alten Stolberg“ auf Thüringer Terrain. Weitere 210 ha potenzielles Abbaugelände stehen einem nicht in Deutschland ansässigen Unternehmen am Kohnstein bei Nordhausen zur Verfügung. Das allein seien für über 90 Jahre Rohstoffvorräte im Besitz zweier Firmen, so der BUND Nordhausen.

Das Unternehmen Saint Gobain betreibe im Landkreis Nordhausen drei Gipssteinbrüche, darunter den am Himmelsberg bei Woffleben, unmittelbar angrenzend an das gleichnamige Naturschutzgebiet. „Momentan verzeichnen wir dort wieder einen Holzeinschlag in einem Altbuchen- und Eichenbestand, bei

„Die Argumente, denen sich die Gipsindustrie bedient, bis zum Einschalten des Betriebsrates und Vorstellungsrunden bei den kommunalen Vertretern, sind uns nur zu gut bekannt.“

Heidi Schell, Vorsitzende des BUND Nordhausen

dem uns angesichts des unwiederbringlich verlorenen Naturschatzes und durch Klimaschäden gezeichneten Wald das Herz blutet“, so Heidi Schell.

Was die Debatte auf Niedersächsischer Seite angeht, berichtet sie: „Die Argumente, denen sich die Gipsindustrie bedient, bis zum Einschalten des Betriebsrates und Vorstellungsrunden bei den kommunalen Vertretern, sind uns nur zu gut bekannt. Auch der Oberbürgermeister von Nordhausen war Anwürfen wie der bewussten Arbeitsplatzvernichtung ausgesetzt, weil er sich für den Erhalt der Gipskarstlandschaft und die Wahrung der Lebensqualität der hier lebenden Menschen ausgesprochen hat.“

Der vor zwei Jahren aufgeschlossene neue Steinbruch auf dem Kuhberg zwischen Niedersachswerfen und Harzungen, auf dem Gipfel des kleinen Höhenzuges, sei weithin sichtbar.

Ungeachtet des existierenden Raumordnungsbeschlusses, dass ein Steinbruchbetrieb sich nicht mit den Entwicklungsinteressen insbesondere des in Sichtweite gelegenen Kurorts Neustadt verträglich sei, der Steinbruch „unter Protest hunderter Menschen durchgeboxt“ worden. Und eine Erweiterung auf das zwanzigfache der gegenwärtigen Größe sei nach wie vor angedacht. „Das alles in unmittelbarer Nähe zur Rüdigsdorfer Schweiz, einem Hot-Spot-Projekt der Artenvielfalt

und ausgewiesenem FFH-Gebiet.“

Eine ähnliche Situation finde sich am Steinbruch Röseberg, der vorrangig im Bereich des Grünen Bandes bei Branderode auf Thüringer Gemarkung ebenfalls von der Firma Saint Gobain Formula betrieben wird: „Hier stehen sage und schreiben 21 ha Bewilligungsfeld im Vorrang des Gipsabbaus, ungeachtet des als Naturmonument ausgewiesenen Grünen Bandes“, berichtet Schell. „Der Ausverkauf dieser Landschaft kann nur noch gestoppt werden, wenn in dieser Region endlich andere Prioritäten gesetzt werden“, fordert der BUND Nordhausen. Solange es sich die Gipsindustrie leisten könne, jährlich 2 Millionen Tonnen Naturgips zu exportieren und stattdessen auf Halde liegende Substitute oder technische Verfahren zum Strecken von Naturgipsprodukten, insbesondere bei der Produktion von Gipsplatten, oder auch die immer noch an den Braunkohlekraftwerken gehaltenen Rea-Gipse, auf Eis liegen zu lassen, so lange bedürfe es keiner Inanspruchnahme oder Erweiterung neuer Lagerstätten.

Expertengutachten liegt vor

„Aber machen wir uns nichts vor“, sagt die Kreisverbands-Vorsitzende: „Der Preis bestimmt den Einsatz von Naturrohstoffen und Ersatzstoffen. Und die Politik setzt die Rahmenbedingungen. Hier versagt momentan nicht nur der Bund, sondern auch die Länder, die den Abbau von nicht nachwachsenden Rohstoffen durch entsprechende Regelungen steuern könnten.“

„Der Ausverkauf dieser Landschaft kann nur noch gestoppt werden, wenn in dieser Region endlich andere Prioritäten gesetzt werden.“

Heidi Schell, Vorsitzende des BUND Nordhausen

Seit einem Vierteljahr liege das vom BUND in Auftrag gegebene Expertengutachten für mögliche Alternativen zum Naturgipseinsatz vor. Es könne sowohl auf der Seite des BUND-Kreisverbandes Nordhausen als auch beim BUND Westharz im Netz abgerufen werden.

Zudem habe Bündnis 90/Die Grünen eine Expertise in Auftrag gegeben, die den Einsatz von Phosphorgipsen untersucht. Das vorliegende Ergebnis wurde im Rahmen einer Anhörung durch den Auftragnehmer vorgestellt.

Video-Konferenz mit Politikern

An der Video-Konferenz im Februar dieses Jahres beteiligten sich neben zahlreichen Vertretern der Gipsindustrie auch der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow und die Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund, berichtet Schell. Niedersachsen wurde seitens der Politik vertreten durch die grüne EU-Abgeordnete Viola von Cramon-Taubadel.

„Nun gilt es, diese Gutachten populär zu machen und vorrangig in einem geeigneten Rahmen unter Beteiligung von Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu diskutieren, und die Chancen zu nutzen, die quasi auf der Hand liegen“, erklärt Schell.

Forderung der Naturschützer

Die konkrete Forderung der Naturschützer: „Bis zu einem vorliegenden Ergebnis darf es zu keinen neuen Abbaugenehmigungen kommen.“

Eine weitere Planungsoffensive der Gipsindustrie mit Billigung der Planungsbehörden und politischen Vertreter würde die Möglichkeiten, diese in Europa einmalige Landschaft zu erhalten und die damit verbundenen Chancen für eine nachhaltige Nutzung zum Wohle der hier lebenden Menschen, gegen die Wand fahren“, fürchten sie.

Es gelte jetzt, den Einsatz von Substituten von der bereits laufenden Forschung in die flächendeckende Anwendung zu bringen. *mb*

LESERBRIEF

Jugendlichen eine Perspektive aufzeigen

Jugendhilfe im Strafverfahren: Ihr ausführlicher Artikel zur Jugendhilfe im Strafverfahren hat mir gut gefallen. Es ist wichtig, auf die Probleme von sozial schwachen Jugendlichen hinzuweisen und zu sensibilisieren. Die Gesellschaft könnte viel tun, auch schon für diese Menschen im Kindesalter

durch Kontakte mit Familien, denen es besser geht. Jedenfalls gefällt mir, dass es im Landkreis offenbar gute Sozialarbeiter gibt, die diesen Jugendlichen eine Perspektive aufzeigen und sie zu einem besseren Leben in der Gesellschaft befähigen.

Helen Schröder, Bad Sachsa

WIR GRATULIEREN

OSTERODE

Zum Fest der Diamantenen Hochzeit Hannelore und Peter Plüm

BAD GRUND

Zum 79. Geburtstag Joachim Fleischmann

EISDORF

Zum 87. Geburtstag Lieselotte Hartung

HÖRDEN

Zum 92. Geburtstag Günter Hanel

HATTORF

Zum 90. Geburtstag Marie Groß-Mieze

LIEBE LESERINNEN UND LESER; wenn Sie das 70. Lebensjahr erreicht haben, veröffentlichen wir auf Ihren Wunsch und mit Ihrem Einverständnis kostenlos Ihr Geburtsdatum. Rufen Sie an unter Telefon: 05522/3170-301.

HARZ KURIER

FUNKKE Harz Kurier GmbH

Geschäftsführer: Bernd Spieß, Claas Schmedtje, Christoph Rühl, Andreas Schoo, Michael Wüller

Überparteiliche Heimatzeitung für den Landkreis Göttingen, Zentralredaktion Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten.

Chefredaktion: Dr. Kerstin Loehr und Christian Klose, Stellvertretender Chefredakteur: Harald Likus

Verantwortliche Redakteure:

Mantelteil: Andreas Schweiger (Wirtschaft), Martin Jasper (Kultur), Frank Rieseberg (Sport) (alle 38100 Braunschweig, Hintern Brüdern 23).

Lokalteil: Rainer Härtl (Redaktionsleiter) (37520 Osterode, Gipsmühlenweg 2-4)

Chef vom Dienst (CvD): Rainer Härtl

Verantwortlich für Anzeigen und Vertrieb:

Bernd Spieß (37520 Osterode, Gipsmühlenweg 2-4).

Verlag: 37520 Osterode, Gipsmühlenweg 2-4, Telefon (0 55 22) 31 70 - 0, Fax (0 55 22) 3170 - 390, E-Mail: zentrale@harzkurier.de.

Druck: FUNKKE Niedersachsen Druckzentrum GmbH, Christian-Pommer-Straße 45, 38112 Braunschweig.

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 45 vom 1. 1. 2021.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens keine Ersatzansprüche.

Anzeigenentwürfe des Verlages sind urheberrechtlich geschützt. Übernahme nur nach Absprache und Gebühr. Monatlicher Abonnement-Preis Print-Ausgabe 39,40 Euro inkl. Zustellung und inkl. gesetzl. MwSt., Zustellung per Post 46,50 Euro; Digitalpaket 26,90 Euro inkl. gesetzl. MwSt., für Abonnenten der Print-Ausgabe 8,90 Euro inkl. gesetzl. MwSt.

Unsere Abonnementspreise und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen können im Online-Service-Center unter aboservice.harzkurier.de oder im Harz Kurier Service-Center eingesehen werden. Auf Wunsch schicken wir sie Ihnen auch zu.

Freitags mit „prisma“, dem TV-Magazin des Harzkurier.

Internet: www.harzkurier.de